



## NEUNTES STUDIERENDENPARLAMENT DER UNIVERSITÄT POTSDAM

---

**Postanschrift:** Studierendenparlament • Am Neuen Palais 10 • Postfach 60 15 53 • 14 415 Potsdam  
**Sitz:** Komplex I • Am Neuen Palais 10 • Gebäude 06  
**Kontakt:** e-mail: [praesidium@stupa.uni-potsdam.de](mailto:praesidium@stupa.uni-potsdam.de) • Telefon: (0331) 977-1225 • Fax: (0331) 977-1795  
**Präsidium:** Joschka Langenbrinck • Matthias Wernicke

---

Potsdam, 27. Oktober 2006

Liebe Studierenden, liebe Parlamentarierinnen und Parlamentarier,

Hiermit laden wir Euch zur 6. Sitzung des  
9. Studierendenparlamentes der Universität Potsdam ein.

**Termin:** 07. November 2006 von 19.00 bis 23.00 Uhr,  
**Ort:** Am Neuen Palais 10, Haus 8, Raum 0.59.

Wir schlagen Euch folgende Tagesordnung vor:

1. Feststellung der Beschlussfähigkeit
2. Beschluss der Tagesordnung
3. Beschluss des Protokolls der letzten ordentlichen StuPa-Sitzung
4. Gäste
5. Berichte
  - a. Berichte aus den Gremien
  - b. Berichte des StuPa-Präsidiums
  - c. Fragen an den AStA
6. Wahl der Sozialfonds-Kommission
7. Anträge:
  - a. Antrag der [oll]-Fraktion zu den „Überlegungen und Empfehlungen“ der AG Studienbeiträge der Universität Potsdam
  - b. Antrag der [oll]-Fraktion zur Argumentation gegen Studiengebühren
  - c. Antrag der gül-Fraktion und der [oll]-Fraktion: Bio-Essen in der Mensa
8. Initiativanträge
9. Sonstiges

Wir bitten um inhaltliche Vorbereitung sowie pünktliches Erscheinen.

Mit freundlichen Grüßen,

Joschka Langenbrinck, Matthias Wernicke  
(Präsidium des 9. Studierendenparlamentes).

## Protokoll der 4. Sitzung des 9. Studierendenparlaments vom 17. Oktober 2006

\*\*\* Entwurf \*\*\*

### Anwesenheit:

**gül:** Lina Weiß

**Die Linke.HSG:** Peer Jürgens

**L.U.S.T.:** Marco Kirchhof, Sven Weber

**GAL:** Martin Bär, Martin Meyerhoff, Jürgen Stelter, Andreas Kellner, Stefan Klose, Carl-Martin Hißler

**RCDS:** Clas Hasslinger, Daniel Hintzen, Kristin Walter

**Jusos:** Joschka Langenbrinck, Kai Wohlfahrt, Franziska Schillert

**[oll]:** Katharina Ermler, Arne Karrasch, Steffen Kühne, Sindy Brödnö, Tamás Blénnessy, Christian Kube, Matthias Wernicke, Heide Günther

**AStA:** Stephan Antczack ([oll]), Sahra Dornick ([oll]), Tobias Dornisch (GAL), Björn Ruberg (GAL), Mariusz Nowak (listenlos), Anne Friebe ([oll]), Bettina Erfurt ([oll]), Jörg Schindler (GAL), Mehdi Chbihi ([oll]), Sabine Frinzelberg ([oll])

**Gäste:** Johannes Reichersdorfer, H. Distler, Anja Schroeter, Viktoria Wesslowski, Martin Schütte

### Entschuldigt: ---

*Weiterhin blieben folgende Mitglieder des Studierendenparlaments und des Allgemeinen Studierendenausschusses der Sitzung fern: Jan Engel (wisiwidu), Rasmus Revermann (GÜL), Filipe Miguel Freitas da Silva ([oll])*

*Anja Hornig (GAL), Clemens Rostock (GAL) und Gabriel Jezek (RCDS) haben ihren Rücktritt erklärt. An ihrer Stelle sind nun **Kristin Walter (RCDS) und Carl-Martin Hißler (GAL)** Mitglieder des Studierendenparlamentes.*

### TOP 1: Feststellung der Beschlussfähigkeit

Die Beschlussfähigkeit wird festgestellt.

### TOP 2: Beschluss der Tagesordnung

Tamás (oll): Ich beantrage die Streichung von 8c.

Martin Bär (GAL): Gegenrede: Der Änderungsantrag zum Antrag wird gerade ausgearbeitet.

Arne (oll): Der Antrag wurde fristgemäß eingereicht und kann daher nicht von der Tagesordnung gestrichen werden. Außerdem beantrage ich eine Aussprache über die Ersti-Woche in die Tagesordnung mit aufzunehmen (erfolgt, da keine Gegenrede).

Joschka (jusos): Der Antragssteller zieht den Antrag bei TOP 8b zurück.

**Abstimmung: 20:1:2 (Ja:Nein:Enthaltung) – des Weiteren wird beschlossen, dass der vorgelegte Haushalt nur beraten werden soll.**

### TOP 3: Beschluss des Protokolls der letzten StuPa-Sitzung

Tamás (oll): Mein Name ist an einigen Stellen falsch geschrieben. Außerdem bitte ich unter TOP 8b „Wo ist noch Ernsthaftigkeit nach dieser Sitzung“ durch „Spaß kann auch Politik machen“ zu ersetzen.

Lina (gül): Bitte ergänzt bei meinem Redebeitrag unter TOP 2c, dass der Antrag obsolet ist, weil in der Satzung der Umgang mit Protokollen schon geregelt ist.

Kai (jusos): Bitte korrigiert auch meinen Namen im Protokoll und streicht das Wort „nur“ bei meinem [ekze]-Rede-Beitrag.

Steffen (oll): Streicht auf der vorletzten Seite meinen Satz zur Juso-Arbeit. Meine Äußerung war

ironisch gemeint.

## **Abstimmung über das Protokoll: 16:3:4**

### TOP 4: Gäste

Niemand der anwesenden Gäste wünscht das Wort.

### TOP 5: Bericht

#### TOP 5a: Berichte aus den Gremien

Matthias (oll): Bericht aus dem Senat: Der Rektor hat einen Antrag auf Nutzung der Experimentierklausel gestellt. Die nötige Anhörung soll anscheinend nur im Umlaufverfahren stattfinden. Es werden zwei Änderungen beantragt: Wissenschaftliche Einrichtungen sollen auch von externen Personen und nicht nur von HochschullehrerInnen geleitet werden können und für die Wahl zum Dekan sollen zukünftig vom Rektor/Präsidentin alle Mitglieder der Fakultät und nicht bloß (wie bisher) Fakultätsratsmitglieder vorgeschlagen werden können.

Viktoria (Gast): Ich möchte kurz von der Kommission für Bibliothekswesen (BWK) berichten: die Uni-Bibliothek hat einen Bedarf von 2.000.000 Euro. Davon sind 500.000 nicht da. Die Bibliotheken sind chronisch unterfinanziert, Neuerwerbungen beschränken sich weitestgehend auf Zeitschriftenabonnements. Kommenden Montag ist feierliche Eröffnung der neuen Bibliothek am Neuen Palais (Haus 10). Aufruf an die Listen und Studierenden daran teilzunehmen und auf die Unterfinanzierung der Bibliotheken aufmerksam zu machen und Protest zu üben!

Steffen (oll): Ich schlage vor, dass Vicky das verschriftlicht und der AStA die Studierenden darüber informiert.

Martin Meyerhoff (GAL): Bericht aus der LSK: berichtet vom Beschluss der Master-Zulassungsordnung Ernährungswissenschaften, die wahrscheinlich Modell-Charakter für andere Zulassungsordnungen haben wird, die Studierenden haben dagegen gestimmt. Matthias berichtet davon, dass die LSK beschlossen hat das Teilzeitstudium grundsätzlich ermöglichen zu wollen. Vorher sollen insbesondere rechtliche Probleme in Bezug auf zulassungsbeschränkte Studiengänge geklärt werden. Des Weiteren gibt es Probleme damit, dass wohl nicht alle Lehramtsstudierenden ihre Zwischenprüfung bis 31.03.07 angemeldet haben können (wie gefordert), wie die Uni damit umgehen wird ist noch unklar.

Matthias ([oll]): Bericht aus der Kommission für Schlüsselqualifikationen: Das Lehrangebot für diesen Bereich ist weder in einem separaten VV noch über die Internet-Seite der UP abzufragen. Ein Großteil der Veranstaltungen wird vom AVZ, der ZEIK und dem Sprachenzentrum angeboten, ansonsten meist Einführungsvorlesungen. Für einige Kurse für von AVZ, ZEIK und Sprachenzentrum werden Gebühren genommen. Dafür gibt es keine Grundlage! Schließlich sind die SQ Teil des vorgeschriebenen Curriculums. Die Gebührenezahlung sollte verweigert werden.

#### TOP 5b: Berichte des StuPa-Präsidiums

Das Präsidium weist auf das Gender-Vorlesungsverzeichnis des AStA, die Einladungen für die Bibliotheks-Eröffnungsfeier, die Viktoria mitgebracht hat, die Seminarrauswurf-Flyer und Plakate sowie das Himmelein-Veranstaltungsheft hin.

#### TOP 5c: Rechenschaftsberichte des AStA

Lina (gül): Frage an Tobias: Was hast Du zum Thema Seminarrauswurf getan und was kam bei der BrandStuVe-Mitgliederversammlung raus – ist dort etwas in Planung?

Arne (oll): Ich habe eine Frage an alle AStA-ReferentInnen: fühlt Ihr Euch eingearbeitet und wo seht ihr noch Nachholbedarf?

Steffen (oll): Ich will nicht immer die Standard-Sachen, sondern ausführliche Infos. Jörg, Du sollst nicht alle Klo-Gänge protokollieren. Björn, wie sah Deine Unterstützung der FSR-Drucke als Öko-Referent aus?

Kai (jusos): Frage an den BiPo-Referenten Stephan: Was ist mit Deinen E-mails?

### Antworten der AStA-ReferentInnen:

Tobias (AStA): Eine Teilnahme an der BrandStuVe-Mitgliederversammlung war mir aus persönlichen Gründen nicht möglich. Zudem habe ich etliche E-Mails beantwortet. Ich fühle mich fit, aber mein Horizont ist nach wie vor offen.

Jörg (AStA): Ich habe mich in die Studienreform und BAföG eingearbeitet. Es kommen ständig Anfragen von Studierenden, an denen ich die Probleme, die es gibt kennen lernen kann.

Björn (AStA): Der Kopierer ist schwer zu bedienen und da brauchten die FSR-Vertreter Hilfe.

Stephan (AStA): ich sehe mich für die FSR verantwortlich, daher habe ich an Bewerbungsgesprächen teilgenommen. Ich war eine Woche in Wien, daher gab es dort viel E-Mail-Verkehr; die Sprechzeiten waren allerdings abgesichert. Für Bildungspolitik fühle ich mich sehr kompetent (etwa bei Gespräch mit Minister), habe aber noch Fragen zur Büro-Organisation. Das Aufräumen war tatsächlich sehr zeitintensiv.

Sahra (AStA): Ich war bei BrandStuVe-Treffen, Tobias konnte nicht, Martin Bär als Mitglied des Vorstands auch nicht. Meine Nachfrage nach einer Vertretung an Tobias blieb unbeantwortet. Zur Vorbereitung der Mitgliederversammlung verweise ich Euch auf die AStA-Homepage. Dort gibt es ein EinsteigerInnenseminar auch mit Aktionsplanung, mehrere Workshops zu StuRe, StuGe und Institutionalisierung. Ich fühle mich sich gut eingearbeitet, kann aber bei der Büro-Organisation immer noch was dazu lernen.

Lina (gül): Was ist bei Tobias bei seiner Beschäftigung mit den Kopierern rausgekommen? Was war an der Arbeit der Rechtsberatung nötig, das läuft doch eigentlich automatisch. Ich bin entsetzt über so wenig Inhalt.

Peer (Linke.HSG): Ich finde den Rechenschaftsbericht von Stephan gut. Was kam denn beim Gespräch mit dem Minister raus?

Martin Bär (GAL): Ich wünsche mir einen Fragenkatalog für Erstis von Mehdi, mehr Infos über ASSIST und will wissen, wie viele Studierende bei Deinem Workshop waren?

### Antworten der AStA-ReferentInnen:

Stephan (AStA): Ich war bei einem Gespräch mit Minister Rupprecht zusammen mit einer Vertreterin des FSR-ELA und dem VeFa-Präsidium. Es ging thematisch um die BA/MA-Umstellung im Lehramt. Für Brandenburg möchte das Ministerium nur Master-AbsolventInnen als LehrerInnen einstellen, Perspektiven für Lehramts-Bachelor, die keinen Master machen, sah der Minister darin, dass sie in der kultureller Jugendbildung arbeiten könnten. Zur Zeit werden kaum LehrerInnen eingestellt, erst ab 2010 wird es wieder einen Bedarf von ca. 770 LehrerInnen geben. Die Wartezeiten von HochschulabsolventInnen verlängern sich. Zur Überbrückung sollen Werkverträge nach dem ersten Staatsexamen ausgestellt werden. Ein großes Problem ist das Referendariat, das um ein halbes Jahr gekürzt wird, da dies eine finanzielle Einsparung für das Ministerium bedeutet. Dafür soll das Praxissemester ohne Vergütung abgeleistet werden. Daher fordert der AStA eine Vergütung des Praxissemesters. Die Verteilung der Praktikumsplätze ist noch offen, daher schlug Stephan vor, die Attraktivität von Schulen für das Praktikum durch innovative Didaktik zu erhöhen.

Anne (AStA): Beim Workshop waren fünf Leute. Vier oder fünf konnten nicht. Ich fühle mich dank Sahras Hilfe gut eingearbeitet und fit für's Weitermachen.

Jörg (AStA): Ich versuche Probleme der Studierenden auch durch persönliche Kommunikation mit den Lehrstühlen zu klären. Ich gehe aber davon aus, dass es im Rahmen der Studienreform weiterhin mehr Probleme geben wird. Ich freue mich jederzeit über E-Mails und Anregungen.

Mehdi (AStA): Details über ASSIST sollen intern ausgehandelt werden, können daher nicht veröffentlicht werden.

Tobias (AStA): Ich hatte wegen einer ereignisreicher Wochen keine Zeit mich um die Kopiererangelegenheit zu kümmern, bleibe aber am Thema dran.

Arne (oll): Ich möchte von Björn und Mariusz noch eine Antwort, ob sie sich fit genug fühlen.

Carl Martin Hißler (GAL): Hätte es zur Umstellung von Blackboard nicht per Zettel bei der

Verschickung eine Information geben können?

Mariusz (AStA): Ja, ich fühle mich fit. Aber meine zwei letzten Rechenschaftsberichte kamen augenscheinlich nicht beim Präsidium an, obwohl ich sie verschickt habe.

Joschka (Jusos): Im FSR Politik und Verwaltung gab es auch reichliche Kritik über die Mängel des Blackboards, der FSR wird sich mit dem Thema auseinandersetzen und an geeigneter Stelle Druck ausüben.

Sindy (oll): Ich möchte geschlechterneutrale Formulierungen.

### *Gemurmel im Präsidium*

Steffen (oll): Ich beantrage eine Pause.

### TOP 6: Wahl der Sozialfonds-Kommission

Matthias (Präsidium): Die Wahl der neuen Sozialfonds-Kommission wurde seitens des Präsidiums erst auf die Tagesordnung für den 7. November gesetzt, da wir erst in den vergangenen Tagen die Ausschreibung über die Student-list via E-Mail geschickt haben.

Bettina (AStA): Ich rüge das Präsidium dafür.

Sahra (AStA): Haltet Euch bitte an die quotierte RednerInnen-Liste, das gilt auch für das Präsidium.

*Ab 20:31 Uhr: 10-minütige Pause.*

### TOP 7: Beratung des Haushalts 2006/2007\*

*Mitglieder des Studierendenparlaments offerieren Vorschläge, die auf der Tafel festgehalten werden:*

Der Haushaltstitel (HT) 52701 (Dienstreisen) soll erhöht werden – Tamás schlägt vor, dies durch eine Reduzierung von HT 42501 (Personal: Geschäftsführung) zu tun; Steffen schlägt alternativ eine Kürzung des HT 51501 (Geräte, Ausstattung, Ausrüstung) vor.

Vom HT 53150 (Veröffentlichungen KuZe) sollen 1000 Euro auf HT 54150 (Veranstaltungen KuZe) verschoben werden.

Es wird hinterfragt, weshalb die Personalkosten in den HT 42503 und 42504 (beide SemTix-Stellen) höher ausfällt als im letzten Haushalt veranschlagt.

HT 51350 (Fernmeldegebühren KuZe) sind nur 3000 Euro vorgesehen, obwohl höhere Ausgaben zu erwarten sind, ansonsten wie veranschlagt.

### TOP 8a: Antrag der Juso-Fraktion: „Prüfantrag: Mehrheitsverhältnisse zwischen Mitarbeiter- und Studierendekopiergeräten“\*

Arne (oll): Änderungsantrag:

*„Streiche alles, ersetze durch: Das Studierendenparlament misst den Kopier- und Druckmöglichkeiten an der Universität eine derart wichtige Bedeutung bei, dass es einen Arbeitskreis Allgemeine Kopier- und Ausdruckssituation an der Universität Potsdam plus externer Einrichtungen (AKAKASUPPE) einrichtet. Der AKAKASUPPE soll in einem ersten Schritt eine Anfrage erarbeiten, mit der alle notwendigen Informationen rund um dieses Thema erfasst werden können. Nach der zustimmenden Zur-Kennntnisnahme durch das StuPa reicht der AStA diese Anfrage ein. Über den Umgang mit den Antworten unterbreitet der AKAKASUPPE dem StuPa abschließend Vorschläge.“*

*Begründung: Die reine Anzahl der Kopiergeräte erfasst das Problem nicht in vollem Umfang. Fragen der Strecken zum Kopiergerät, der Auslastung, Wartezeit, der Druckqualität, der*

---

\* Bei diesen TOPs sind die elektronischen Mitschriften verloren gegangen, deshalb verkürzte Wiedergabe.

*Geschwindigkeit, der Fehleranfälligkeit, des Abgleichs des Bedarfs unterschiedlicher Statusgruppen, aber auch ökologische Aspekte wie etwa ein mögliches Ansteigen des Papierverbrauchs bei einer höheren Anzahl von verfügbaren Kopierern können mit einer Anfrage bzw. Umfrage unter Mitgliedern der Hochschule ebenfalls sinnvoll erfasst werden und sich dem Problem umfassender nähern. Der Änderungsantragssteller erinnert zudem daran, dass das StuPa vor einiger Zeit Anleitungen zum doppelseitigen Ausdruck und zum Klein-Scannen an bzw. über den Kopierern angebracht hat und mit dem wunderschönen Slogan „Ist das nicht StuPa?“ versah.*

Arne (oll): Änderungsantrag zum Änderungsantrag:

*Ersetze ersten Teilsatz durch „das es den AstA bittet, sich der Sache anzunehmen.“*

*Ersetze im Nachfolgenden „AKAKASUPPE“ durch „AStA“.*

Lina (gül): Änderungsantrag:

*Ergänze nach „können.“: „(Strecken zum Kopiergerät, der Auslastung, Wartezeit, der Druckqualität, der Geschwindigkeit, der Fehleranfälligkeit sowie des Abgleichs des Bedarfs unterschiedlicher Statusgruppen.)*

*Begründung: inhaltliche Erweiterung mit relevanten Punkten als der puren Anzahl.“*

Christian Kube (oll): Änderungsantrag:

*Ergänze nach „können.“: „(Strecken zum Kopiergerät, der Auslastung, Wartezeit, der Druckqualität, der Geschwindigkeit, der Fehleranfälligkeit sowie des Abgleichs des Bedarfs unterschiedlicher Statusgruppen!)“*

*Die Änderungsanträge von Arne, Lina und Christian Kube werden jeweils mit knapper Mehrheit abgelehnt. Zum Änderungsantrag von Lina wird ein GO-Antrag auf Wiederholung der Abstimmung gestellt. Der GO-Antrag verfehlt die erforderliche 2/3-Mehrheit.*

*Der Antrag der Jusos-Fraktion wird gebilligt.*

Persönliche Erklärung von Sindy Brödno (oll):

*„Das Verhalten der Männer im StuPa-Präsidium gegenüber den Frauen ist unter aller Sau. Sie sollen mal überlegen, ob es einen Zusammenhang zwischen ihrem Verhalten und der unterdurchschnittlichen Vertretung von Frauen auf ihren Listen gibt.“*

Persönliche Erklärung von Sven Weber (LUST):

*„Hiermit rüge ich das Verhalten des Präsidiums während der Sitzungsleitung. Wiederholt wurden StuPa-Abgeordnete persönlich, im Rahmen des Versuchs Ordnung zu schaffen, angegriffen. Auch wenn diese emotionale Reaktion im Kontext passieren kann, so ist dies nicht akzeptierbar! Das Präsidium sollte des Weiteren ihre satzungsgemäß zur Verfügung stehenden Mittel anwenden, um Ordnung zu schaffen.“*

TOP 8b:

*Entfällt, da die Jusos-Fraktion den Antrag zurückzieht.*

TOP 8c: Antrag der GAL-Fraktion: „Protokolle von AStA-Sitzungen müssen zeitnah erscheinen und transparent sein!“

Arne (oll): GO-Antrag auf Nichtbefassung

*Der GO-Antrag auf Nichtbefassung, wird mit 6-15-1 abgelehnt.*

Tamás (oll): GO-Antrag auf Ende der Redeliste

Steffen (oll): Gegenrede: Sofortige Abstimmung ist Katastrophe, die Diskussion zu dem Punkt ist wichtig.

*Der GO-Antrag auf Ende der Redeliste wird mit 3-9-8 abgelehnt.*

*Martin Bär (GAL) trägt den von der Antragstellerin veränderten Antrag vor:*

„Das StuPa möge dem AStA folgendes empfehlen:

Der AStA hat Sitzungsprotokolle nach folgenden Maßgaben zu erstellen:

1. Wenn Gäste im AStA Anliegen vortragen, sind diese stichpunktartig zu protokollieren.
2. Bei Anträgen wird ein Beschlussprotokoll geführt. Dieses hat zu umfassen:
  - a) Ursprungsantrag im Wortlaut sowie Antragsteller mit Vor- und Zunamen, ggf. Funktion bzw. Vereinszugehörigkeit
  - b) Eventuelle Änderungsanträge im Wortlaut und Abstimmungsergebnis
  - c) (...)
  - d) Benennung der haushaltsrelevanten Kosten, die der Antrag verursacht
  - e) Titel aus dem Studierendenhaushalt, aus dem anfallende Kosten beglichen werden sollen
  - f) (...)
  - g) Abstimmungsergebnis
  - i) (...)
3. Für alle übrigen Tagungsordnungspunkte möge ein Protokoll mit den wichtigsten Punkten verfasst werden. (...)  
Bei mehrmaligen Verstößen gegen diese Regelung kann sich das StuPa auf eine Sperrung von einzelnen Haushaltstitel verständigen.“

Lina (gül): Wenn der AStA den Empfehlungen nicht folgt, gibt es dann eine Bestrafung durch das StuPa?

Martin Bär (GAL): Das StuPa kann ohnehin jederzeit Haushaltstitel sperren. In dem Antrag wird die (mögliche) Konsequenz aufgezeigt.

Anne (oll), *ironisch*: Super, wie das StuPa sich um die Belange der Studierenden kümmert.

Arne (oll): Ich bin froh, dass die Absurditäten aus dem Antrag jetzt draußen sind. Es fällt mir aber dennoch schwer, dem Antrag zuzustimmen, weil die veränderte Version nicht schriftlich vorliegt.

Lina (gül): GO-Antrag auf Ende der Redeliste.

*Kein Widerspruch: die Redeliste wird geschlossen.*

Sahra (AStA): den BefürworterInnen dieses Antrages will ich sagen, dass sie damit zum Ausdruck bringen, dass sie daran zweifeln, dass die AStA-ReferentInnen ein angemessenes Protokoll verfassen zu können

Matthias (oll): Bis jetzt gab es keinen Grund dem AStA die Protokollführung vorzuschreiben.

Wenn Verständlichkeits-Probleme aufgetreten sind, konnte darauf jeweils eingegangen werden, etwa durch Nachfrage oder Hinweis im StuPa. Warum wird nicht weiter so verfahren, warum ein so restriktives Mittel?

Peer (Die Linke.HSG): Gibt es derzeit schon eine Regelung, die festlegt, wie Protokolle verfasst werden sollen? Gibt es eine Frist zur Veröffentlichung?

Anne (AStA): Ja, es gibt eine Grundlage: es gab einen AStA-Beschluss, der ein Beschlussprotokoll vorsieht. Die Satzung der Studierendenschaft legt die Frist zur Veröffentlichung fest.

*Der Antrag wird mit 13-8-0 beschlossen.*

TOP 9: Ersti-Woche

Arne (oll): Welche Erfahrungen hat der AStA, haben die Fachschaftsräte in den ersten Tagen gemacht? Gab es viele Nachfragen wegen PULS?

Anne (AStA): Ich hab ganz persönlich eine Nachfrage: ich bin über PULS in eine Veranstaltung nicht mehr reingekommen. Was soll ich tun?

Joschka (jusos): ich hab eigene Erfahrungen vom fsr Politik: vor allem am Dienstag gibt es begrenzte Möglichkeiten, in Veranstaltungen zu kommen. Das muss verhindert werden.

Sahra (AStA): eine Frage zu PULS: wenn man in einen Kurs nicht reinkommt, ist es dann die richtige Antwort zu sagen: da kann man nichts tun? Diese Antwort habe ich im AStA-Büro gehört, als Tobias gerade auf eine entsprechende Anfrage geantwortet hat.

Tobias (AStA): Die meisten Anfragen kamen von Erstis. Mit PULS gibt es mächtige Probleme. Einige Studierende wurden für viele Veranstaltungen zugelassen, einige für sehr wenige.

Sindy (oll): Was willst du dagegen tun? Was sollen die Leute tun?

Matthias (oll): Die Sachen sind bekannt: PULS kann und darf niemanden die Teilnahme am Seminar verwehren. Nur DozentInnen könnten das unter bestimmten Bedingungen. Die Betroffenen sollen in die Veranstaltung gehen und sich den Ausschluss von den Lehrenden bestätigen lassen. Das erzeugt Druck, denn dass die Bedingungen zum Seminaarausschluss an der Uni Potsdam nicht gegeben sind, hat das Rechtsgutachten dazu gezeigt. Ein Ausschluss ist also rechtswidrig. Zudem kann diese Bestätigung dann z. B. für den Bafög-Antrag verwendet werden. Zwei Sachen sind also zu tun:

- a) die Betroffenen sollen sich wehren,
- b) der AStA soll die Fälle sammeln und damit politisch Druck machen.

Martin Meyerhoff (GAL): Der 5. November ist Frist für Nachmeldungen. Bis dahin soll man noch versuchen, in die Veranstaltungen zu kommen, da viele in den ersten Wochen wieder abspringen.

Arne (oll): Wie sah die AStA-Beratung aus? Sind es nur Einzelfälle oder melden sich nur Einzelfälle? Wie geht der AStA damit um? Werden AStA und Fachschaftsräte aktiv?

Sahra (AStA): Viele haben sich am Stand gemeldet. Es ist ein gravierendes Problem an der Uni. Ich werde weiter seminarrauswurf-Flyer verteilen, auf der AStA-Homepage gibt es zwei Artikel zu dem Thema.

Peer (Linke.HSG): Macht der AStA keine weiteren Aktionen zur Verbreitung des Protestes außer über die Homepage?? Der AStA sollte an Senat, Rektorat und Dekanate herantreten, um Druck zu machen. Es wird eindeutig gegen geltende Rechtsprechung verstoßen.

Sahra (AStA): Es wird keine direct-action-Aktionen geben.

Tobias (AStA): Das System ist das Problem, nicht die Einzelfälle. An den AStA wird nur die Spitze des Eisberges gemeldet. Das Problem wird über die studentischen Vertreter an den AStA herangetragen.

Kai (jusos): Gibt es auch seminarrauswurf-Flyer vom AStA Potsdam?

Arne (oll): Nur wenige Studis wollen den eigenen Prüfer verklagen. Es ist besser, auf der politischen Ebene Druck zu machen.

Sahra (AStA): Das Logo von Potsdam ist nicht drauf, weil die Flyer schon gedruckt worden sind, bevor wir uns an der Finanzierung beteiligt haben. Andere Logos sind zum Teil unleserlich.

Tobias (AStA): Die Uni hat auf die Ausschlüsse vieler Studis nicht mit zusätzlichen Veranstaltungen reagiert: ein konkretes Beispiel ist eine Pflicht-Vorlesung in der Psychologie. Es gibt nur das Versprechen, die Vorlesung im nächsten Semester zulassungsfrei anzubieten. Makaber finde ich, dass Studierende, die ihr Studium um ein Semester verlängern müssten, wenn sie die Vorlesung nicht machen können, bei der Auswahl bevorzugt behandelt werden.

Anne (AStA): Vorne liegen Flyer zu seminarrauswurf. Bitte mitnehmen und verteilen!

Peer (Linke.HSG): Studis werden massiv mit PULS von Lehrveranstaltungen ausgeschlossen. Es gibt klare Rechtsverstöße und keine massiven Aktionen des AStA. Das ist sehr bedauerlich, denn es gibt einen Bedarf für massive Aktionen. Es ist sehr ungünstig, dass der AStA wegen interner Streitereien zu nichts gekommen ist.

Martin Meyerhoff (GAL): GO-Antrag auf Ende der Sitzung.

Tamás (oll): Gegenrede: ich will mal den TOP Sonstiges im StuPa erleben!

*Der GO-Antrag wird mit 4-6-2 abgelehnt.*



Matthias (oll): Persönliche Erklärung: Ich finde es bezeichnend, dass ausgerechnet bei dem Tagesordnungspunkt, der die gerade schwerwiegendsten Probleme der Studierenden betrifft, beim Seminausschluss und dem Semesterstart, dass hier ein Großteil der ParlamentarierInnen die Sitzung verlässt. Und das, obwohl bis 23 Uhr eingeladen wurde und bis dahin noch viel Zeit ist.  
Sindy (oll): Ich bitte das Präsidium, jeweils die genauen Abstimmungsergebnisse bekannt zu geben.

#### TOP 10: Sonstiges

Lina (gül): Die kommende Koalition soll bitte so schnell einen Haushaltsentwurf vorlegen, damit man sich ordentlich vorbereiten kann!

Steffen (oll): Wir machen sonst ganz ordentlich Dampf, wenn der Haushalt wieder als Tischvorlage kommt, in Anwesenheit der Presse, die anlässlich der Sondersitzung zu erwarten ist.

Sindy (oll): ich möchte das Präsidium auf meine persönliche Erklärung von vorhin erinnern, in der ich das Verhalten der Männer im Präsidium kritisiert habe und die offensichtlich nicht mitgeschrieben wurde.

- *Ende der Sitzung* -

Protokoll: Stefan Klose, Matthias Wernicke

## Antrag der offenenlinkenliste [oll] zu den „Überlegungen und Empfehlungen“ der AG Studienbeiträge der Universität Potsdam



### Das Studierendenparlament möge beschließen:

„Das IX. Studierendenparlament hat sich mit den „Überlegungen und Empfehlungen“ der AG Studienbeiträge der Universität Potsdam (im Folgenden: AG Studienbeiträge), die auf der Senatssitzung am 26.10.2006 kurz andiskutiert wurden, befasst und kommt zu folgender Stellungnahme:

### Vorbemerkung:

Diese Stellungnahme orientiert sich eng an der Vorlage der AG Studienbeiträge und lässt somit weitere Argumente größtenteils außer Acht. Ziel dieser Stellungnahme ist es, die „Überlegungen und Empfehlungen“ kritisch zu hinterfragen; es ist nicht das Ziel, ein „besseres Beitragsmodell“ vorzuschlagen.

### Zum Punkt (a) Studiengebühren und Steuerungswirkung

1. Argument: „hohe wie dauerhafte Investitionen“ sind vonnöten, „die realistischerweise von der öffentlichen Hand allein nicht mehr getätigt werden können“

Ob durch Studienbeiträge „hohe wie dauerhafte Investitionen“ gesichert werden können, erscheint zweifelhaft, solange die Höhe nicht benannt ist. Prorektor Fuhr als Leiter der AG Studienbeiträge sprach im Senat von einer Summe von etwa 17 Mio. Euro. Das Studierendenparlament betrachtet diese Summe als zu hoch.

Eine Modellrechnung: 10 % der 17000 Studierenden verlassen nach den ersten Erfahrungen aus anderen Bundesländern mit Einführung von Studiengebühren die Hochschule; zudem werden aufgrund der geforderten Sozialverträglichkeit BAföG-Empfänger/innen nicht zur Zahlung verpflichtet – an Brandenburgischen Universitäten sind dies derzeit 25 %. Eine Schnittmenge zwischen diesen beiden Gruppen erscheint unwahrscheinlich, weil die BAföG-Empfänger/innen schließlich von der Zahlung nicht betroffen sind und das Studium daher nicht abbrechen werden. Als Summe wird die erwartete Obergrenze von 500 Euro pro Semester bzw. 1000 Euro pro Jahr angenommen. Es entstehen somit Einnahmen von 11 Mio. Euro im Jahr. Die Verwaltung der Studiengebühren (Verwendung, Zahlungsverkehr, Mahnungen) und die Überprüfung der Sozialverträglichkeit verursachen ebenfalls Kosten. Die Verwaltung eines BAföG-Falles kostet in Baden-Württemberg 166 Euro.<sup>1</sup> Da alle verbleibenden 11 000 Studierende jeweils ein Fall sind, müssen somit 1,8 Mio. Euro von den Einnahmen abgezogen werden.<sup>2</sup> Die Universität Potsdam würde letztendlich über zusätzliche Einnahmen etwa 9 Mio. Euro verfügen. Dies stellt ein Zehntel des (um die Studienbeiträge erhöhten) Haushaltes der Universität dar. Je nachdem, wie „sozialverträglich“ das Modell des

<sup>1</sup> vgl. Jens Hüttmann/Peer Pasternack (2005): Studiengebühren nach dem Urteil, HoF-Arbeitsbericht 5'05, S. 58, im Internet unter: <http://www.hof.uni-halle.de/studiengebuehren/>.

<sup>2</sup> Weitere Vergleichswerte, mit denen man rechnen könnte: die Hessischen Hochschulen bekommen qua Gesetz 10 % der eingenommen Studienbeiträge für die Deckung der anfallen Verwaltungskosten zugewiesen (= 50 Euro pro Fall), diese Summe wurde vom Gesetzgeber jedoch nicht begründet und erscheint daher eher willkürlich und politisch motiviert zu sein, um den größten Betrag der Studienbeiträge ihrem eigentlichen Zweck zuführen zu können. Der Brandenburgische Gesetzgeber – und alle Hochschulen des Landes – ist zum Beispiel davon überzeugt, dass bereits der Akt der Rückmeldung einen Aufwand von 51 Euro verursacht. Die Verwaltung der Studienbeiträge wird aufwändiger sein und muss daher mit einer höheren Summe taxiert werden. Der Vergleich für einen BAföG-Fall bietet sich dabei an.

Weiteren ausgestaltet wird, kann die Universität nicht sofort über diese Summe verfügen, da vielfach in der Diskussion ist, dass diese Gebühren auch nachlaufend gezahlt werden können bzw. ein inneruniversitärer Ausfallfonds installiert wird. Letzteres wurde von Herrn Fuhr auf der Senatssitzung ins Gespräch gebracht, und zwar in einer Größenordnung, die über die reine Kostenübernahme der Studienbeiträge für die geförderten Studierenden hinausgehen könnte. Zudem kann je nach Beitragsmodell auch von einer niedrigeren Summe an Beiträgen ausgegangen werden, etwa falls die Beiträge fächerspezifisch erhoben werden und die 500 Euro lediglich die vom Gesetzgeber vorgegebene Obergrenze darstellen.

Rechtfertigt diese Summe die negativen Auswirkungen der Beitragserhebung und den möglichen permanenten Streit zwischen den Befürworter/innen und Gegner/innen der Studienbeiträge? Dies ist die politische Frage, die im Falle der gegebenen Rechtsgrundlage der Senat wird beantworten müssen.

2. Argument: Die Studierenden müssen „wirkungsvoller in die Qualitätssicherung [...] einbezogen werden“

Es stellt sich die Frage, welcher Qualitätsbegriff hier zugrunde gelegt wird und wie diese Steuerung vollzogen werden kann. Um die Akzeptanz der Beiträge zu gewährleisten kann davon ausgegangen werden, dass die Gebühren nicht für Forschungszwecke, sondern für den Lehrbetrieb – sowie laut Vorschlag für die zentralen Einrichtungen – eingesetzt werden. Also handelt es sich um beabsichtigte Steuerungswirkungen in der Lehre. Nach Ansicht des Studierendenparlamentes greifen hier alternative Qualitätssicherungsmethoden, die in einer angstfreien Atmosphäre zwischen (angehenden) Akademiker/innen stattfinden können, besser – Stichwort: Lehrevaluation. Unterstellt man den Dozierenden zudem ein größeres Forschungsinteresse und ein geringeres Interesse an der Lehre, so wird die Position der Beitragszahler/innen schwächer. Ein auf Lebenszeit verbeamteter C 4-Professor wird nicht durch den Anreiz, 30 Standardwerke anschaffen zu können, seinen 20 Jahre alten Lehrplan ändern. Die Klausuren seiner Vorlesungen werden sowieso von seinen Mitarbeiter/innen korrigiert. Und unter der Annahme, dass es weiterhin Platzbeschränkungen für Lehrveranstaltungen an dieser Hochschule gibt, werden die Seminare des Professors auch nicht kleiner, da die Anzahl der Teilnehmer/innen bereits gedeckelt ist. Nur die Studierenden haben dann den Vorteil, dass sie flexibler auswählen können, falls durch ihre Beiträge ein Lehrauftrag finanziert wird. Damit bekommt der C 4-Professor vielmehr einen Anreiz für eine schlechte(!) Lehre, damit die Studierenden endlich einen Lehrauftrag finanzieren, um ihn umgehen zu können. Dieser externe Lehrbeauftragte steht dann aufgrund seines zeitlich befristeten Arbeitsverhältnisses in der Tat unter dem Druck, „gute Lehre“ anzubieten, um auch nächstes Semester den Auftrag zu erhalten. Diese „gute Lehre“ könnte sich dann darin äußern, dass alle Studierenden einfach einen Schein bekommen, um sich somit beliebt zu machen.

Eine Qualitätsverbesserung /-sicherung stellt daher keine logische Konsequenz aus der Einführung von Studienbeiträgen dar. Zumal ungeklärt bleibt, was „Qualität“ überhaupt ist. Eine quantitative Verbesserung lässt sich angesichts von 9 Mio. Euro Investitionen nicht bestreiten. Die Denkweise der AG Studienbeiträge scheint zu sein, dass durch finanzielle Zuwendungen an einzelne Lehrstühle bzw. durch das Zurückfallen auf den Status quo ante die Studierenden an Mitsprache gewinnen. Falls das Interesse der anderen Statusgruppen an einer solchen Qualitätsdiskussion besteht, so stellt sich die Frage, warum diese Diskussion nicht auch ohne Geld laufen kann – an manchen Instituten findet diese Auseinandersetzung ja bereits statt. Falls das Interesse auf der Seite der Lehrenden nicht vorhanden sein sollte, scheint die Verhandlungsbasis (oder besser: Marktmacht) der Studierenden (Konsument/innen) auch nicht gerade komfortabel. Und wie soeben gezeigt wurde, werden die Anreizwirkungen für die Festangestellten eher als gering angesehen, bei prekären

Beschäftigungsverhältnissen könnte sich dagegen eine „Lehre mit dem geringstmöglichen Widerstand für die Studierenden“ entwickeln.

Bei einer „Qualitätsdiskussion“ im Schatten der Studienbeiträge könnten sich zudem dieselben Gräben auftun, die es bereits bei der Diskussion um die Lehrevaluation gibt. Die „Freiheit der Wissenschaft“, besonders die „Freiheit der Lehre“ und das verbriefte professorale Recht, in Fragen, die unmittelbar die Lehre betreffen, entscheidend mitreden zu dürfen, lassen die Einflussmöglichkeiten der Beitragszahler/innen ebenfalls schwinden.

Zu guter Letzt weist das Studierendenparlament auf einen Widerspruch innerhalb der „Überlegungen und Empfehlungen“ hin: Einerseits prognostiziert die AG Studienbeiträge, dass die Position der Studierenden verbessert wird, weil sie 500 Euro Studiengebühren zahlen und daher Anspruch der Studierenden an die Qualität des Studiums (berechtigterweise) wachsen werde – warum wird dann andererseits bei der sozialen Dimension argumentiert, dass die Einführung von 500 Studiengebühren im Semester angesichts der Gesamtkosten eine Marginalie sei? Warum wird erwartet, dass mit dieser – angeblichen – unwesentlichen Steigerung der studentischen Kosten mit einem Mal ein Wettbewerb und eine Qualitätsdiskussion einsetzen? Eben weil die 500 Euro kein Pappenstiel sind. Daher ist die Ansicht der AG Studienbeiträge, dass die Einführung von allgemeinen Studiengebühren sozialpolitisch zu vernachlässigen sei, zurückzuweisen. Das Studierendenparlament weist zudem darauf hin, dass bereits heute nahezu die Hälfte der Kosten eines Studiums (inkl. Lebenshaltungskosten) von der privaten Hand getragen wird<sup>3</sup> und eine Erhöhung dieses Anteils um 1000 Euro pro Jahr angesichts der sozialen Situation keine Marginalie darstellt.

### **Zum Punkt (c) Ermessen der Hochschulen bei der Erhebung von Studienbeiträgen**

Den Hochschulen soll die Möglichkeit gegeben werden, sich auf nicht näher definierte „gewisse Eckpunkte“ zu einigen. In der derzeitigen Situation können damit nur die Brandenburgischen, vielleicht noch die Berliner Hochschulen gemeint sein. Soll der Wettbewerb also auf diese Hochschulen beschränkt bleiben? Findet der Wettbewerb innerhalb Brandenburgs angesichts der unterschiedlichen Hochschulprofile wirklich statt? Ist vollständiger Wettbewerb um Hochschulzugangsberechtigte überhaupt möglich? Haben wir es denn mit einem umfassend informierten „Kunden“ zu tun? Nein. Dieser Wettbewerb „um die besten Köpfe“ ist immer ein Scheinwettbewerb, da die angehenden Studierenden das „Produkt Hochschule“ gar nicht kennen (können). Ein Hochschulschnuppertag reicht nicht aus, um wirklich entscheiden zu können, ob man besser in Osnabrück oder Potsdam Geschichte studieren möchte, ein „Markenwechsel“ (von Osnabrück nach Potsdam) wie beim Kauf einer Tüte Milch etwa, kann beim Missfallen des Produktes nicht ständig vollzogen werden. Mit zunehmendem Wettbewerb und der Einführung von Studienbeiträgen muss die Hochschule zudem mehr Geld in das Hochschulmarketing investieren, um den Studierwilligen zu beweisen, dass sie hier ihr Geld anlegen sollen. Geld, das ihr an anderer Stelle fehlt. Die Wahl des Studienortes ist eben auch vom Ruf der Hochschule abhängig – ob dieser Ruf gerechtfertigt ist oder nicht steht auf einem anderen Blatt. Zudem spielen bei der Wahl des Studienortes noch andere Faktoren, wie soziale Bindungen, finanzielle Möglichkeiten, Großstadt vs. Kleinstadt, Ausland vs. Inland eine Rolle. Die Annahme der AG, dass „die Entscheidung pro oder contra Studiengebühren [sic!] [...] zu einem zentralen Element des Wettbewerbs an den Brandenburgischen Hochschulen [wird]“ erscheint daher als überbewertet. Eine Entscheidung „contra Studiengebühren“ wird zudem den Studiengang als „Billigstudiengang“ oder als „einmaliges(!) Schnupperangebot“ erscheinen lassen. Welche

---

<sup>3</sup> Die Ausgaben für den Hochschulbereich (ohne Forschung) betragen im Jahr 2000 28,4 Mrd. Euro, von denen 14,0 Mrd. von privaten Haushalten getragen wird, vgl. FiBS (2004): Bildungsausgaben in Deutschland - eine erweiterte Konzeption des Bildungsbudgets. FiBS-Forum Nr. 20, S. 52, im Internet abrufbar unter [http://www.fibs-koeln.de/forum\\_20.pdf](http://www.fibs-koeln.de/forum_20.pdf).

Hochschule will aber eine Aldi-Hochschule sein, wenn es nur für Feinkost-Käfer-Angebote Drittmittel und Prestige gibt? Es wird manchen Hochschulen u.U. gar nichts anderes übrig bleiben, als ein solches „Billig-Image“ zu besetzen, um überhaupt Studierende anzuziehen. Denn mit erhöhtem Eigenanteil steigen auch die Erwartungen der Studierenden, daher wird die Ortswahl Cottbus oder Heidelberg noch deutlicher ausfallen. Die Bindung der Studierenden an eine selbsternannte „Billig-Hochschule“ wird ein schwieriger Prozess werden, der Ruf der Hochschule – und somit das Ansehen ihrer Absolvent/innen wird ebenfalls leiden.<sup>4</sup> Die Hochschulen ohne Beiträge geraten weiter ins Hintertreffen, da ihre quantitative Ausstattung im Vergleich zu den übrigen Hochschulen sich verschlechtern wird. Die regelmäßig wiederkehrende Entscheidung „pro/contra Studienbeiträge“ kann darüber hinaus zu einem längerfristigen Zerwürfnis zwischen den einzelnen Streitparteien führen, da die Studierenden jedes Jahr dieselbe Forderung aufstellen könnten – solange kein Abnutzungs- oder Gewöhnungseffekt eintritt bzw. die ärmeren Studierenden keine Zeit mehr für eine politische Einmischung haben oder bereits ihr Studium abgebrochen haben. Die jüngsten Erfahrungen in NRW haben gezeigt, welche Zustände bei einem solchen Entscheidungsfindungsprozess eintreten können. (Nein, dies ist keine Drohung, das Auto des Rektors oder der Präsidentin anzuzünden. Potsdam ist nicht Bielefeld oder Köln, aber 500 Euro sind in NRW und in Brandenburg immer noch dieselbe Summe.)

### **Zum Punkt (e) Zweckbindung von Studienbeiträgen**

In einer Wettbewerbs- und Konkurrenzsituation erscheint die Annahme, dass die BWL-Studierenden bereit sein werden, mit ihren Beiträgen die Ernährungswissenschaft zu sponsorn, als abwegig. Die Formulierung, dass die Beiträge „mit den Studierenden in die Fakultät *ihrer Wahl*“ gehen, lässt im Unklaren, wer konkret die Entscheidung über die Verwendung der Beiträge hat. Alle Studierenden, die Studierenden der Fakultät, des jeweiligen Faches? Das Studierendenparlament geht von der Annahme in Satz 1 aus. Dies führt zu der Konsequenz, dass teurere, experimentelle Fächer entweder höhere Gebühren erheben müssen – und somit ärmere Studierende ausgrenzen – oder dass der Nutzen der Gebühren vergleichsweise gering bleibt und die Studierenden trotz derselben Gebührensumme wie Studierende von „Buchwissenschaften“ im Endeffekt einen geringeren Nutzen erwarten können. Ähnlich kann man bei der Kategorie großer/kleiner Studiengang argumentieren.

### **Zum Punkt (f) Keine Anrechnung der Studienbeiträge auf das Hochschulbudget**

Diese Forderung kann vielleicht über eine, maximal über zwei Wahlperioden erfüllt werden. Aber die Erfahrungen aus anderen Ländern haben gezeigt, dass über kurz oder lang der Anteil der staatlichen Finanzierung zurückgehen wird. In Brandenburg lässt sich dieses bereits bei den so genannten „Immatrikulations- und Rückmeldegebühren“ zeigen. Mit der Einführung dieser Gebühren im SoSe 2001 gingen die Landeszuweisungen um etwa 2,0 Mio. Euro zurück – bei einer Mehreinnahme durch die Gebühren in Höhe von 1,5 Mio. Euro.

### **Zum Punkt (g) Sozialverträglichkeit der Studienbeiträge**

Die wichtige Frage der Sozialverträglichkeit und der Auswirkungen der Beiträge auf die Geldbeutel der Studierenden taucht signifikanterweise erst am Ende der „Überlegungen und Empfehlungen“ auf. Dabei ist die soziale Dimension eine entscheidende Komponente und nach Auffassung des Studierendenparlamentes *das* zentrale Argument gegen die Einführung

---

<sup>4</sup> Diese Prognose folgt der Annahme, dass der Wettbewerb zwischen den Hochschulen wirklich stattfindet und Wirkung zeigt. Die AG Studienbeiträge folgt diesem Glauben an den Wettbewerb, daher sollen hier auch die Konsequenzen für die Verliererhochschulen, von denen einige auch in den strukturschwachen Regionen Brandenburgs zu finden sein werden, benannt werden.

von Studienbeiträgen (die oben aufgeführten systemimmanenten Kritikpunkte treten hinzu, befassen sich jedoch nicht mit der Frage, *ob* man Studiengebühren haben wolle, sondern nur mit dem *Wie*). Die Forderung der AG Studienbeiträge, dass nur die Gesamtkosten, von denen die Beiträge einen „sehr kleinen Teil“ ausmachten, Gegenstand von einer „gesonderten sozialpolitischen Betrachtung von Bund und Ländern“ sein sollten, weist das Studierendenparlament zurück.

Brandenburgs Studierende verfügen über ein durchschnittliches Monatseinkommen von 701 Euro, 37 % müssen mit weniger als 600 Euro im Monat auskommen.<sup>5</sup> Am Semesteranfang müssen insgesamt etwa 250 Euro für die Rückmeldung an der Uni Potsdam gezahlt werden, kommen weitere 500 Euro hinzu, so übersteigt dies das Monatseinkommen des Durchschnittsstudenten! Das Angebot, einen (verzinsten) Kredit aufzunehmen, wirkt gerade auf Studierende aus ärmeren Verhältnissen und mit weniger lukrativen Arbeitsmarktchancen abschreckend. Können die Beiträge nachlaufend gewährt werden, so dass man am Ende „nur“ einen (unverzinsten?) Schuldenberg bei der eigenen Hochschule und nicht bei einer Bank hat, so fällt der erhoffte schnelle Ertrag für die Hochschule ins Bodenlose, weil die Verwaltungskosten steigen und die Beiträge von vielleicht nur 12 % Studierenden (monatliches Einkommen der Uni-Studierenden über 900 Euro) sofort gezahlt werden. Ein unverzinsten Kredit einer Bank oder Sparkasse ist derzeit nicht auf dem Markt zu finden und wird wahrscheinlich auch nicht flächendeckend eingeführt werden.

Diese Einnahmesituation zeigt, dass 1000 Euro im Jahr einen relevanten Betrag für die Studierenden bedeuten und daher die Erhöhung der Fixkosten für das Studium um diesen Betrag eine beachtliche Größe darstellt. Daher muss die Behauptung, dass diese 1000 Euro nur einen „sehr kleinen Teil“ des studentischen Geldbudgets ausmachten, zurückgewiesen werden. Bereits heute arbeiten 69 % der Uni-Studierenden in Brandenburg, 45 % sogar „häufig“ bzw. „laufend“, der durchschnittliche Stundenlohn beträgt dabei 9 Euro (Männer: 10 Euro, Frauen: 8 Euro). 65 % brauchen dieses Geld „unbedingt“ zur Bestreitung des Lebensunterhalts (Stufen 4 und 5 auf einer 5stufigen Skala, Männer: 61 %, Frauen: 69 %). Die zusätzlichen 1000 Euro müssen also durch Zusatzarbeit erbracht werden, für Studentinnen bedeutet das einen Mehraufwand von 125 Stunden im Jahr, bzw. 2,4 Stunden pro Woche ohne Urlaub.<sup>6</sup> Der durchschnittliche Arbeitsaufwand aller Studentinnen von derzeit 43,4 Stunden/Woche, würde sich daher auf eine 46-Stunden-Woche erhöhen.<sup>7</sup> Geht man von einem 11semestrigen Bachelor/Master-Studium aus, so kommt man auf etwa 690 Arbeitsstunden – dies entspricht 23 Leistungspunkten und somit fast einem zusätzlichen Semester. Diese „ideale Durchschnittsrechnung“ zeigt also, dass die Beiträge studienzeitverlängernd wirken. Dabei ist zu beachten, dass solche Durchschnittswerte naturgemäß nivellierend wirken und die Kohorte der soziale schwächsten Studierenden bei dieser Musterrechnung weitaus schlechter abschneiden wird.<sup>8</sup> Die soziale Schere wird summa summarum bei Studiengebühren mit Sofortzahlung weiter aufgehen. Dabei liegt der Anteil

---

<sup>5</sup> Die folgenden Zahlen beruhen auf der 17. Sozialerhebung des Deutschen Studentenwerks, Regionalauswertung für Brandenburg.

<sup>6</sup> Unter der idealen Annahme, dass die Studentinnen ein Arbeitsverhältnis haben, dass ganzjährig ist. Unberücksichtigt bleibt die Frage, ob überhaupt die Möglichkeit besteht, die Arbeitszeit aufzustocken oder eine weitere Arbeit anzunehmen. In der Realität werden das aber die entscheidenden Fragen sein.

<sup>7</sup> Diese Rechnung hakt natürlich ein wenig, weil aus der Statistik nicht genau ersichtlich wird, wie hoch der aktuelle Arbeitsaufwand der erwähnten 69 % wirklich ist. Es ist aber davon auszugehen, dass diese Studentinnen aufgrund ihrer finanziellen Situation tendenziell mehr Zeit als die 43,4 Wochenstunden für Studium und Erwerbsarbeit investieren werden, so dass ihr Wert bereits heute deutlich über dem Durchschnittswert, der auch die nicht-erwerbstätigen Studentinnen erfasst, liegt.

<sup>8</sup> Ein Siebtel aller Brandenburgischen Studierenden (ein Zehntel an den Unis) arbeiteten im Frühjahr 2003 für bis zu fünf(!) Euro pro Stunde. Dieses Siebtel müsste also etwa 250 Stunden im Jahr arbeiten, wodurch sich ihre Wochenarbeitszeit um fünf Stunden erhöhen würde bzw. das „Extrasemester“ statistisch gesehen bereits nach sieben Semestern erreicht wäre.

der Studierenden aus sozial niedriger Herkunft bereits gegenwärtig bei gerade 11 %. Das Studierendenparlament geht nicht davon aus, dass Ärmere per se dümmer sind, sondern sieht die finanzielle Belastung auch bei einem (weitgehend) gebührenfreien Studium als einen zentralen Erklärungsfaktor an.

Bei einer möglichen Kreditaufnahme werden die sozial Schwächeren zusätzlich stärker belastet, weil sie im Gegensatz zu Student/innen aus den reicheren Familien diesen Kredit in Anspruch nehmen müssen. Auch in einem solchen Falle zeigt sich die selektive Wirkung. Besonders bildungsferne Schichten werden sich schwer tun, der 19jährigen Tochter ein Soziologiestudium zu finanzieren oder ihr zu einem Kredit zu raten, wenn diese Familie niemals vorher mit der Hochschule in Kontakt getreten ist. Ein Jura- oder Informatikstudium wäre vielleicht noch unterstützenswert, aber Patholinguistik oder Soziologie?? Bei einem mit 6 % verzinsten Kredit steigt die Gesamtsumme im Vergleich zu der reinen Gebührensumme um 130 %.<sup>9</sup> Die Summe liegt dann bei 13825,70 Euro, wovon 6000 Euro Gebühren sind, die von reicheren Studierenden ohne die Extra-Kreditlast beglichen werden können. Unter dieser Annahme müssen die Gebühren übrigens 23 Jahre und 1 Monat zurückbezahlt werden.<sup>10</sup> Neben diesem Kredit fallen unter Umständen noch die Tilgung des BAföG-Darlehns sowie weitere finanziellen Belastungen wie Kindeserziehung, Existenzgründung, Pflege älterer Familienmitglieder o.ä. an. Die durchschnittlichen Lohnunterschiede in einzelnen Berufssparten zwischen Männern und Frauen seien hier nur am Rande angemerkt.

Bei 23 % der Schulabgänger/innen, die auf ein Studium verzichtet haben, spielte die Angst vor Studiengebühren eine wichtige Rolle, für 14 % war bereits das zinslose BAföG-Darlehn eine entscheidende Hürde vor der Studienaufnahme.<sup>11</sup> Hierbei ist der Frauenanteil deutlich höher als der von Männern.<sup>12</sup>

Kurz zusammengefasst: Die Frage nach Studienbeiträgen muss immer auch unter einem sozialpolitischen Aspekt gesehen werden – und zusätzlich noch unter einer geschlechtsspezifischen Herangehensweise. Und die Antworten fallen immer gegen die Einführung von Studiengebühren aus.

### **Zum Punkt (h) Ausbau des Stipendiensystems und der Ausbildungsförderung**

Hier fallen erst einmal die benutzen Modalverben auf. „Können“, „sollen“ und nicht mehr „müssen“ – die AG scheint bei diesem Punkt bei unverbindlichen Empfehlungen, die das Beitragssystem abrunden würden, aber deren Nicht-Implementierung kein großes Hindernis wären, angekommen zu sein. Unklar ist zudem die Formulierung, dass „*bei* der Einführung von Studienbeiträgen [...] *zügig* ein ausreichendes wie großzügiges Stipendiensystem auf- und ausgebaut werden [sollte]“. Das Studierendenparlament vertritt die Ansicht, dass angesichts der sozialen Situation der Studierenden ein Ausbau des Stipendiensystems die negativen Auswirkungen von Studiengebühren keinesfalls adäquat aufwiegen kann, da davon auszugehen ist, dass mit den Studiengebühren ein Einnahmegewinn erzielt werden soll, der nicht von einem Stipendiensystem sofort wieder aufgefressen wird. Die Diskussionsanregung

---

<sup>9</sup> Weitere Annahmen: 12semestriges Studium, monatliche Tilgungsrate 50 Euro, beginnend 24 Monate nach Studienabschluss.

<sup>10</sup> Berechnet mit Hilfe von: <http://www.open-politix.de/cortscal/>.

<sup>11</sup> Christoph Heine/Heike Spangeberg/Dieter Sommer (2006): Studienberechtigte 2004. Übergang in Studium, Ausbildung und Beruf, HIS-Kurzinformation A 5/2006, S. 44, im Internet unter <http://www.his.de/pdf/Kia/kia200605.pdf> (Mehrfachnennungen waren bei der Nennung der Studienverzichtsgründe möglich.)

<sup>12</sup> HIS-Kurzinformation A 5/2006, S. 46f. Leider nennt die HIS-Studie dabei keine konkreten Zahlen: „Allerdings werden von Frauen häufiger als von Männern die nur unzureichenden eigenen Möglichkeiten der Studienfinanzierung und die Überforderung durch Studiengebühren als Gründe für den Verzicht auf ein Hochschulstudium vorgebracht.“

über die Ausbildungsförderung wird gerne aufgegriffen, weil angesichts jahrelanger stagnierender BAföG-Beträge und somit einer realen Senkung der staatlichen Unterstützung für die Studierenden dringend Aktivitäten in dieser Richtung unternommen werden müssen.

#### **Fazit:**

Unter Berücksichtigung oben genannter Erwägungsgründe teilt das Studierendenparlament die Ansichten der AG Studienbeiträge ganz und gar nicht, sondern weist sie entschieden zurück. Angesichts der dargestellten sozialen Dimension fordert das Studierendenparlament den Senat auf, sich nicht nur mit Steuerungsmöglichkeiten und/oder Verwendungsmodellen – und mithin mit der Frage nach dem *Wie* eines Beitragsmodells – zu beschäftigen, sondern die Frage des *Ob* in den Mittelpunkt zu stellen.

Die Frage des *Ob* beantwortet das Studierendenparlament mit einem eindeutigen *Nein*. Und in Anbetracht obiger Argumente lautet die Antwort auf den *Wie*-Vorschlag der AG Studienbeiträge *So nicht*. Sollten weitere Vorschläge zu einer konkreten Ausgestaltung vorliegen, wird sich das Parlament trotz der grundsätzlichen Ablehnung auch mit diesen intensiv auseinandersetzen, ein eigener Vorschlag wird jedoch nicht unterbreitet werden.

*Das Präsidium wird gebeten, diesen Beschluss Herrn Fuhr als Vorsitzenden der AG Studienbeiträge sowie dem Senat der Universität zur Kenntnis zu geben.“*

#### **Antrag der offenenlinkenliste [oll] zur Argumentation gegen Studiengebühren**



#### **Das Studierendenparlament möge beschließen:**

„Die Studierendenschaft der Universität Potsdam spricht sich eindeutig gegen jede Form von Studiengebühren aus, selbst wenn sie als Studienbeiträge, Immatrikulations- und Rückmeldegebühren, Verwaltungskostenbeiträge o.ä. daherkommen.

In den inhaltlichen Auseinandersetzungen müssen nach Ansicht des Studierendenparlamentes die sozialen Auswirkungen im Mittelpunkt der studentischen Argumentation stehen, keine standortpolitischen, wirtschaftspolitischen oder finanzpolitischen Argumente. Hinzu kommt das grundsätzliche Hinterfragen des Arguments des (angeblich) einsetzenden Wettbewerbs mit seinen Implikationen – mithin eine „systemimmanente Gegenargumentation“, die sich auf das Gedankengebäude der Gebührenbefürworter/innen einlässt und es kritisch hinterfragt bzw. idealerweise zum Einsturz bringt. An dieser Stelle können dann auch differenzierte finanzpolitische Argumente o.ä. vorgebracht werden. Aber die Argumentationslinie der Studierendenschaft in dieser Auseinandersetzung muss eindeutig dem sozialpolitischen Aspekt Vorrang einräumen. Studiengebühren sind in erster Linie ein sozialpolitisches Thema, erst nachrangig kommen Fragen der Hochschulfinanzierung und –steuerung.

Argumente, die auf dem so genannten „Humankapitalansatz“ aufbauen, sind mit größter Vorsicht zu gebrauchen. Mit einer solchen Denkweise akzeptiert man die Verwertbarkeit von Bildung und stellt sie als zentrales Ziel des Hochschulstudiums dar. Eine solche Argumentation mag in manchen Diskussionen unter Umständen angebracht sein (zielgruppenorientiertes Argumentieren), jedoch darf dieses Argument nie alleine stehen und



als erstes und wichtigstes Argument ins Feld geführt werden. Hält man Bildung grundsätzlich für eine verwertbare Ware, so gibt man Wasser auf die Mühlen der Gebührenbefürworter/innen und relativiert den Standpunkt, dass Bildung in allererster Linie ein öffentliches Gut und der Zugang zu Bildung ein allgemeines Menschenrecht darstellt.“

### **Begründung für beide Anträge:**

Die Begründung ergibt sich zum einen aus dem Antragstexten, zum anderen sollen hiermit die – nach Ansicht der [oll] – zentralen Punkte in der Auseinandersetzung um Studiengebühren noch einmal genannt und die zentralen Argumente der GAL-Referenten im AStA kritisch beleuchtet werden. In der Senatssitzung vom 26.10. war das zentrale Argument von dem Hochschulpolitik-Referenten Tobias die Konsequenzen für die Berlin-Brandenburgische Kooperation im Hochschulbereich, nicht jedoch das Vergrößern der sozialen Schere. Diese Auswirkungen hat er mit keinem Wort erwähnt. Bei der Referatsvorstellung auf der homepage wird primär die Frage nach der Hochschulfinanzierung in den Zusammenhang mit Studiengebühren gebracht („Ein zentraler Punkt dabei ist natürlich die Debatte um die finanzielle Ausstattung von Hochschulen. Die immer wieder aufflammende Debatte um Studiengebühren wird dabei besonders aufmerksam verfolgt“).<sup>13</sup> Bei der Begrüßung der Erstsemestler/innen wurde der Verwertbarkeitsaspekt von Bildung als erstes und zentrales Argument gegen Studiengebühren durch den Ökologie und Verkehrsreferenten Björn vorgebracht („Staat und Wirtschaft sollen jetzt in mein Studium investieren, weil ich es ihnen später zurückzahle“). Dieser StuPa-Beschluss verfolgt daher das Ziel, dass die Vertreterinnen und Vertreter des AStA ihre bisherige Argumentationsweise überdenken und sich bestenfalls an den vorgeschlagenen Kriterien ausrichten.

### **Anhang**

Die „Überlegungen und Empfehlungen“ der AG Studienbeiträge an der Universität Potsdam

---

<sup>13</sup> [http://www.asta.uni-potsdam.de/team/referat.php3?ref\\_id=2](http://www.asta.uni-potsdam.de/team/referat.php3?ref_id=2)

## Antrag der Fraktionen GÜL (Grüne Überparteiliche Liste) und der offenenlinkenliste [oll]



Das StuPa möge beschließen:

„Die derzeitigen Skandale von gentechnisch veränderten Milchprodukten in den Mensen und die falsche Kennzeichnung von Fairtrade-Kaffee haben das Vertrauen vieler Studierender zum Studentenwerk Potsdam erschüttert. Um hier einen Mindeststandard und ein Handlungskonzept zu entwickeln, fordert die Studierendenschaft der Universität Potsdam das Studentenwerk Potsdam auf, eine Policy für Ihren Einkauf umzusetzen, die weitestgehend den folgenden Mindestanforderungen entspricht und Rechnung trägt.

Es kann nicht sein, dass Projekte wie die Bezahlungsfunktion der Chipkarte innerhalb weniger Wochen umgesetzt werden, aber die Diskussion über Mindeststandards bei den Nahrungsmitteln hinten anstehen. Wenn nun auch noch herauskommt, dass der Studierendenschaft über lange Zeit die Verwendung von Transfair Kaffee nur vorgetäuscht wurde, fragt mensch sich doch, welchen Wert die Vereinbarungen zwischen Studierenden und dem Studentenwerk Potsdam haben.

Die Policy soll dabei den Anspruch festlegen und eine Handlungsgrundlage bieten. Sie bieten dem Studentenwerk die Möglichkeit der eigenen Produktverbesserung und der klaren Kommunikation über die sonst kaum nachvollziehbare Herkunft verwendeter und verkaufter Lebensmittel.

### **Policy für den Einkauf der Versorgungsbetriebe des Potsdamer Studentenwerkes**

Die Universitäten und Fachhochschulen sind Ausbildungsstätten zukünftige Entscheidungsträger der Gesellschaft und Zentren intellektueller Visionen. Da die Studierendenwerke eine Monopolstellung besitzen, tragen sie die Verantwortung, mit gutem Beispiel voranzugehen und zum gesellschaftlichen Umdenken aktiv beizutragen.

Die Versorgungsbetriebe des Studentenwerkes Potsdam sehen ihre Verantwortung darin, eine gesunde Versorgung der Studierenden zu gewährleisten und bei der Tätigkeit von Einkäufen soziale Aspekte sowie Auswirkungen auf die Umwelt zu berücksichtigen. Als Entscheidungsgrundlage und Richtlinie für zukunftsfähige Konzepte beim Einkauf setzen sie sich die folgende Policy.

#### **Verzicht auf Gentechnik**

Produkte und Bestandteile, die selbst gentechnisch manipuliert sind oder mittels gentechnisch veränderter Organismen hergestellt wurden, werden nicht eingesetzt oder weiterverkauft. Beim Einkauf wird diese Anforderung klar formuliert und ständig überprüft.

Gentechnik ist eine Risikotechnologie, deren gesundheitliche Auswirkungen und deren Verhalten im Ökosystem nicht bekannt sind. Es gibt Anzeichen, dass die Gefahren bei weitem unterschätzt werden. Zudem widerspricht Gentechnik Grundsätzen sozialer Gerechtigkeit, Biodiversität und nachhaltiger Entwicklung. Gentechnik versteckt sich wegen der Kennzeichnungspflicht vor allem über Futtermittel in tierischen Produkten sowie in Gastronomie-Ölen, die die Endverbrauchenden nicht zu Gesicht bekommen.

### Konventionelle Landwirtschaft

Produkte aus konventioneller Landwirtschaft werden aus Gründen der Praktikabilität, Verfügbarkeit und Flexibilität zwar verwendet; sie werden aber als Interimslösung zunehmend durch öko-sozial-verträgliche Alternativen ersetzt werden.

Die konventionelle Landwirtschaft gilt derzeit als einer der größten negativen Umwelteinflüsse. Der schonungslose Umgang mit natürlichen Ressourcen und chemischen Zusätzen, die Zerstörung natürlicher Ökosysteme und die steigende Ausbeutung von Arbeitskräften jenseits sozialer Standards ist nicht mit den Grundsätzen einer nachhaltigen Entwicklung vereinbar. Es ist belegt, dass vielfach Grenzwerte für Pestizidbelastungen unbemerkt überschritten werden.

### Fisch und Meerestiere

Fisch wird ausschließlich aus Fischzucht in abgeschlossenen Anlagen bezogen. Produkte der Hochseefischerei werden nur in Ausnahmen verwendet, wenn sichergestellt werden kann, dass es sich um schonende Fischerei von nicht bereits überfischte Arten handelt. Meerestiere werden nur in Ausnahmen verwendet, wenn sichergestellt werden kann, dass sie aus öko-sozial-gerechten Züchtungen und Verarbeitungen stammen.

Die industrielle Fischerei hat in den letzten Jahrzehnten weltweit die Fischbestände weit unter die eigene Reproduzierbarkeit dezimiert. Sie ist Verursacherin von massiven unterseeischen Zerstörungen, massiver Einleitung von Giften und Schäden an z.T. sensiblen Küstengebieten. Nicht abgeschlossene Zuchtanlagen sind Ursache für Überdüngung, Hormon- und Antibiotikabelastung. Für Shrimps und andere Meerestiere werden weltweit sensible Mangroven-Ökosysteme und damit wichtige Laich- und Küstenschutzgebiete zerstört. Für deren Verarbeitung und Transport werden immense soziale und ökologische Missstände in Kauf genommen.

### „Kolonialwaren“

Wenn importierte Produkte aus sog. Entwicklungs- und Schwellenländern verwendet werden, so müssen diese nachweislich aus Fairem Handel stammen.

Ein Großteil des Obstes auf dem hiesigen Markt, alle Tees und Kaffees, Schokolade, Genussmittel und Produkte des täglichen Verzehrs stammen aus Ländern ohne soziale und ökologische Standards, die im globalisierten Wirtschaftssystem zur Ausbeutung von Mensch und Natur gezwungen werden. Die damit verbundenen sozialen und ökologischen Konsequenzen, wie feudale Ausbeutungsstrukturen, gesundheitliche Katastrophen, strukturelle Armut, Urwaldzerstörung, extreme Bodendegradation u.v.m. können nicht für billigere Preise in Kauf genommen werden. Da der Welthandel noch immer von den Ländern des Nordens bestimmt wird, ist es unsere Pflicht, uns für die Erfüllung hiesiger Standards weltweit einzusetzen.

### „Regional ist erste Wahl“

Produkte aus regionaler Produktion haben Vorrang. Beim Abwägen von ökologischem Anbau versus Transportweg schneiden regionale Produkte meist wesentlich besser ab. „Ferngereiste“ Ökoprodukte sind oft sozial sehr kritisch produziert.

### Sozial-Ökologisch konsequent

Um gesundes Essen anbieten zu können, welches nicht Hunger und Ausbeutung in anderen Teilen der Welt zur Folge hat, müssen Abstriche an Luxus und Exklusivität gemacht werden.

Die Mensen des Studentenwerkes Potsdam wollen deshalb nicht Luxusrestaurants Konkurrenz machen, sondern durch Qualität und Konsequenz beim täglichen guten Essen zum fairen Preis im Verkauf und Einkauf überzeugen.“

**Begründung:**

Ergibt sich aus dem Antragstext. Bei Bedarf folgen mündlich weitere Ergänzungen.